

ORDNUNGSPOLITIK

Nudging – keine Ausdehnung staatlichen Handelns durch die Hintertür

von Dr. Susanne Cassel und Dr. Tobias Thomas

Mit Nudging versucht der Staat, Bürger bzw. Konsumenten mit einem wirksamen Schubs zum richtigen Verhalten zu bewegen. Dessen sind sich die Bürger und Konsumenten allerdings nicht immer bewusst. Während z. B. der Einzelhandel im Bereich der Verkaufsförderung bereits seit langem auf verhaltensökonomisch fundierte Instrumente setzt, wird Nudging im Bereich der Wirtschafts- und Verbraucherpolitik erst seit einiger Zeit diskutiert und zum Teil auch eingesetzt. Kennzeichnend für Nudging, auch als sanfter Paternalismus bezeichnet, ist, dass es nicht auf staatlichen Zwang setzt. Damit grenzt es sich von Ge- und Verboten als „traditionelle“ politische Instrumente ab. Sofern der Staat Nudging-Instrumente einsetzt, sollte dies transparent und durch den demokratischen Willensbildungsprozess legitimiert erfolgen.

Das Nudging basiert auf der Annahme, dass menschliches Handeln systematisch von dem abweicht, was man von einem rational entscheidenden und vollständig informierten Individuum erwarten würde. So tendieren Menschen dazu, sich in ihren Entscheidungen am Status Quo zu orientieren. Durch geschickte Wahl der Voreinstellung für eine Entscheidung kann politisch gewünschtes Verhalten erreicht werden.

Wird z. B. bei der privaten Zusatzrentenversicherung von „der einzelne muss aktiv einen Vertrag abschließen“ auf „der einzelne muss einem standardmäßig vorgesehenen Vertrag widersprechen“ umgestellt, führt dies zu einer Zunahme von Versicherungsabschlüssen. Auch haben Individuen eine starke Gegenwartsorientierung: Entgegen vielfacher Absichtserklärungen, gesünder zu essen, greifen sie doch wieder zu Pommes frites oder Schokolade. Indem Entscheidungsarchitektur und -umfeld gezielt verändert werden, können Individuen in die gewünschte Richtung gelenkt werden. So z. B. wenn in der Kantine das Essen so angeordnet wird, dass Gemüse und Salat präsenter sind als ungesunde Lebensmittel.

Helfen Sie mit!

Um den ECONWATCH-Policy Brief anbieten zu können, in dem Sie verständliche und wissenschaftlich fundierte Informationen über wirtschaftspolitische Zusammenhänge und Reformmöglichkeiten erhalten, ist ECONWATCH als gemeinnützige und unabhängige Organisation auf Mitgliedsbeiträge und Spenden angewiesen. Informationen hierzu erhalten Sie auf:

www.econwatch.org

Schließlich kann individuelles Verhalten auch dadurch beeinflusst werden, dass Informationen bereitgestellt werden, die helfen, die „richtige“ Entscheidung zu treffen.

„Bei vielen politischen Entscheidungen muss der Staat eine Voreinstellung vornehmen. Und aus der verhaltensökonomischen Forschung wissen wir, dass diese so genannten defaults wirken. Die Wirtschaftspolitik sollte daher möglichst optimale defaults setzen, um das gewünschte Verhalten zu erreichen“, sagt Armin Falk von der Universität Bonn. „Allerdings ist demokratische Legitimierung für den Einsatz von behavioristischen Instrumenten geboten“, betont Falk. Im parlamentarischen Prozess

Daher sollte erst politisch diskutiert und entschieden werden, welche Ziele überhaupt durch staatliches Handeln erreicht werden sollen und wo Entscheidungen individuell durch die Bürger zu treffen sind.

„Kontroverse Diskussionen über das Nudging sind in Wirklichkeit oft Diskussionen über das jeweils mit diesem Instrument verfolgte Ziel. Besteht jedoch Einigkeit darüber, dass Politik ein bestimmtes Ziel verfolgen soll, dann kann konstruktiver darüber diskutiert werden, ob dieses am besten mit Nudging oder mit einem anderen Instrument erreicht werden kann“, sagt Klaus Müller von der Verbraucherzentrale Bundesverband.



Beise Cassel Falk Maley Thomas Zimmer Müller

sollten die Vor- und Nachteile von Nudging diskutiert und wissenschaftliche Expertise angehört werden. „Zentral für die Legitimität von politisch genutztem Nudging ist es, dass sein Einsatz transparent gemacht wird und der Staat die von ihm verfolgten Ziele nicht verschleiert“, betont Bianca Maley von der Metro AG Wholesale & Food Specialist Company.

Zudem stellt sich die Frage, inwieweit der Staat überhaupt in die Lebensführung der Bürger eingreifen soll und identifizieren kann, was das „eigentliche“ Interesse der Menschen ist. Dem Staat fehlt das Wissen, um alle Verbraucher auf den „richtigen“ Weg zu führen – denn dieser Weg dürfte für verschiedene Individuen unterschiedlich aussehen. „Nudging widerspricht dem Menschenbild des Grundgesetzes, das die freie Entfaltung der Persönlichkeit und eigenverantwortliches Handeln der Menschen betont. Indem der Staat entscheidet, was gut oder schlecht für seine Bürger ist, schwächt er die Entscheidungskapazitäten der Menschen und ihre Fähigkeit, möglichst eigenverantwortlich und mündig zu handeln“, konstatiert Daniel Zimmer von der Universität Bonn. So kann sanfter Paternalismus auf gesellschaftlicher Ebene Lernprozesse, Kreativität und Eigeninitiative behindern und sich langfristig negativ auf Wohlstand und Zufriedenheit der Bürger auswirken.

Am wenigsten kontrovers dürfte Nudging sein, wenn es in Form von Informationsbereitstellung angewandt wird. Denn eine gute und transparente Informationsgrundlage ist zentral dafür, dass Menschen die für sie jeweils beste Wahl treffen können. Dabei kommt es darauf an, dass die Informationen möglichst umfassend sind. Selektive Aufklärung stellt dagegen eine Gefahr für die Glaubwürdigkeit der Informationen dar. Bürger sollten möglichst frühzeitig unterstützt werden, die notwendige Bildung zu erlangen, um die Informationen verarbeiten und bewerten und so mündige Entscheidungen treffen zu können.

Dieser Policy Brief entstand auf Grundlage des ECONWATCH-Panels „Was bringen Verhaltensökonomie und Nudging für Politik und Unternehmen?“ im Rahmen der Jahrestagung 2016 des Vereins für Socialpolitik in Augsburg mit Prof. Dr. Armin Falk (Universität Bonn), Bianca Maley (Metro AG Wholesale & Food Specialist Company), Klaus Müller (Verbraucherzentrale Bundesverband), Prof. Dr. Daniel Zimmer (Universität Bonn). Moderation: Dr. Marc Beise (Süddeutsche Zeitung).

Impressum

ECONWATCH
Gesellschaft für Politikanalyse e.V.
Poststraße 12, 10178 Berlin